

„Hamburger Fremdenblatt“ vom 6. Juli d. J. bringt dazu folgende Beispiele: „Der Schichtlohn eines Arbeiters in den nordfranzösischen Kohlengruben beträgt z. Zt. 36,91 Franks, das sind 6,15 RM., mithin kaum 7/8 des im Ruhrgebiet bezahlten Lohnes von 2,44 RM. Trotzdem beläuft die Lohnbelastung der geförderten Tonne Kohle 58,68 Fr. gegen rund 50 Fr. im Ruhrgebiet, und zwar deshalb, weil infolge unrationeller Arbeitsmethoden die tagesschnittliche Förderleistung nur 561 kg beträgt, gegen 1132 kg im Ruhrgebiet. Würde sonst der Lohn in beiden Ländern das gleiche Niveau einnehmen, so würden allein die Lohnkosten der geförderten Tonne französischer Kohle eine Steigerung von 29 Fr. erfahren, also schon Yange vorher ihre Konkurrenzfähigkeit selbst am eigenen Markt aufheben.“

Dieses ein Beispiel möge genügen. Wir verstehen nach dem Vorangehenden, wenn die „Humanität“ von 25, 10, 28 feststellt, daß die Lebenshaltungskosten um 25 Prozent gestiegen sind, die Steuern um 13 Milliarden und daß die Hauswirte nach dem neuen Wohnungsgesetz im ganzen Häuserblock die Familien auf die Straße setzen. Aber wir verstehen auch die Misere, unter der die französische Wirtschaft kämpft, die sich in den Außenhandelsziffern ausdrückt. Frankreich hat in den letzten 9 Monaten 1.161.268 Tons weniger eingeführt als 1927, aber etwa 10 Prozent mehr dafür bezahlt, die Ausfuhr ist noch um 3.141.797 Tons gestiegen, hat aber 2 1/2 Milliarden Franc weniger eingebracht. Wenn die „Revue industrielle de l'est“ in ihrem Wochenbericht vom 27. 10. 28 ein leidlich zufriedenes Bild zu zeichnen vermag, so nur, weil Frankreich seine niedrigen Löhne noch für eine gewisse Binnenkonjunktur auszunutzen sucht. Eisenmetall hat gegen das Vorjahr noch eine bemerkenswerte Steigerung erfahren, gegen den August sinkend. Dies ist eine Tendenz, die auch in Deutschland und Amerika sichtbar ist. Amerika soll in der Eisenindustrie mit 85 Prozent der Leistungsfähigkeit arbeiten. Dies hat mit dem Zwang zur Innenkonjunktur seinen Grund in der allgemeinen Aufrüstung. Gerade der Mehrverbrauch von Weißmetall deutet darauf hin. Der Kohlenmarkt hat schwer gegen das Ausland zu kämpfen. Die chemische Industrie lüftet noch gut, aber die Stärkeproduktion ist durch gute Kartoffelernte in Holland bedroht. — Die Textilindustrie infolge des Hungerlohnes noch zufriedenstellend, aber abschwächend.

Dieser Wirtschaftsbericht zeigt, wie wenig Frankreich aus dem typischen Wirtschaftsstand der Nachkriegszeit herausfällt und wie auch Frankreich letzten Endes seine Rückkehr in den Kreis der „aristokratischen“ aus den Knochen seiner darben Partierkinder bezahlt. Auch Frankreichs Arbeiterschaft, die in so hohem Prozentsatz auf den Schichtlohnfeldern des „ersten“ Weltkriegs verblieben, muß jetzt trotz Reparationszahlungen genau wie die jenseits des Ärmelkanals und die „Joches“ gegen die Offensive des Unternehmens, gegen das stetige Sinken des wirklichen Lohnes kämpfen. Die französische Arbeiterkristall das Gesicht an Finnsinken in die Barbarei. Da auch in Frankreich die einheitliche revolutionäre Führung fehlt, so bieten die Arbeiterklasse doch dasselbe Bild des Neben- und Durcheinanders wie besonders in England. Der systematische Arbeiterverrat ist natürlich in Deutschland am besten ausgebildet. — Aber kommt Zeit — kommt Rat, wird die deutsche Sozialdemokratische Partei in ihrer Praxis, und ihren Zielen so bürgerlich opportunistisch, wie es die Labour Party immer war, so wird diese letztere ebenso zentralistisch und selbst zentralistische Abweichungen, wie es der deutsche Organisationsblock de facto immer war.

In Frankreich ist alles noch ein wenig individualistisch geworden. Aber die Streikwellen, die es im Augenblick durchdringt, bieten ein grausiges Bild proletarischer Kraftvergeudung und proletarischen Elends. Besonders in Nordfrankreich tobt ein heftiger Kampf der Bauarbeiter, der neben geringer Löhnermangel sich gegen die Privilegien der Hochöfen von Branchen wendet. Täglich finden schwere Unglücksfälle durch Zusammenstürzen von Mauern und Gerüsten statt. Löhnerhöhungen von nur 3—4 Sous sollen durch solche Heftigkeit erkauft werden. In Vincennes haben große Demonstrationen stattgefunden. Die „Humanität“ schreibt von 25.000 Beteiligten, es erfolgten viele Verhaftungen, die Arbeitelung ist in vollem Gange. In Lille und Rouen erheben sich die Textilarbeiter gegen das unerhörte Elend. In Rouen und den Nachbarstädten sind die Wohnungsverhältnisse denkbar schlechter. Neben den wunderbaren göttlichen Dämonen hat man dort die gute alte Zeit schlimme alte Stadtviertel überlassen. Wohnstätten ohne Luft und Licht, Brutstätten der Tuberkulose. Bei einem Lohn von 160 Frs. für den halben Monat beträgt, müssen die Spinnerinnen für ein Zimmer, das 4 m groß nach den Höfen hinaus liegt, 22 Frs. für eine Woche bezahlen. Frauen mit 3—4 Kindern erhalten auch nicht mehr Lohn. Selbst der Verdienst im Textilarbeiterstand durchschneidet nicht mehr als 150—180 Frs. Seidenspinner erhalten ausnahmsweise 240 Frs. Die Lebensmittel sind so teuer, daß am 15. schon Vorschub für den kommenden Zahltag genommen werden muß. Die Führer der reformistischen Gewerkschaften nehmen Stellung gegen den Streik, aber die Arbeiter folgen ihnen nicht. In Lille besonders flammte der Streik von neuem auf, da der Besitzer der Handpflanzerei die versprochene Zulage von 15 Sous nur denen auszahlte, die in der Werkstatt in ihrer letzten Zeit reingekommen. Auch hier haben wir es mit einer der bekannten Verräterei der Führerbürokratie zu tun. In der Generalversammlung der Confédération, die Ende Oktober in Lille stattfand, wurde erklärt, daß die Unternehmer jetzt, nachdem der Streik beendet, auf keine Verhandlungen einzugehen. Diese Verhandlungen sollten stattfinden auf Grund der Ergebnisse einer Kommission, die zum Zwecke der Lohnforderungen die Lebenshaltungskosten prüfen sollte. Die Arbeiter sind geprellt infolge des Verrats der Führer, die den Streik flammte wieder auf, 12.000 stehen schon wieder im Kampf. Gendarmen mit gleich wieder zugunsten der Textilbarone eingegriffen, aber ob sich der Kampf mit dem Streik verbindet, ist ein wirkliches Machtkampf ausgewachsen wird, ist bei den verworrenen Zuständen in den Arbeiterorganisationen mehr als zweifelhaft.

In Bordeaux, meldet die „Humanität“ vom 1. November, kämpfen beide Gewerkschaften. Etwas 2000 Mann zogen, die Internationale singend, durch die Haltegendung. 10 Schiffe sind von Arbeitern am Auslaufen verhindert.

In St. Nazaire protestieren die Metallarbeiter gegen einen neuen Mantelarif, den die Führer abschlossen, und der, trotz der 25-prozentigen Teuerung keine Löhnerhöhung bringt. Das tolle Rechenexempel sieht so aus: Alter Tariflohn für 102 Stunden (wahrscheinlich 14 tägig) 341,90 Frs., d. h. Stundenlohn 3,35 Frs. Jetzt für 96 Stunden 326,90 Frs., d. h. Stundenlohn 3,40 Frs. Das ist die horrenden Zulage von 0,05 Frs. Die 25-prozentige Erhöhung der Unterhaltskosten sollen durch Überstunden wettgemacht werden. Auch dieses Schandstück wird als Sieg ausgegeben.

Genau so diesem Jammersbild der Arbeiterbewegung sei darauf hingewiesen, daß der Block der nationalen Einigung drav zusammenhielt. Das neue Budget enthält für Militärausgaben eine Steigerung von 1 1/2 Milliarden, im ganzen 9 Milliarden. Gachin schreibt: „Mit Zynismus bestehen die Diplomaten der Republik, daß die schönen Reden der Boncour und Briand nur als Verbrämung des Profits dienen, das zeigt, daß die Diktatoren der Welt die Militärs und die Imperialisten sind.“

Natürlich fühlen sich die besitzenden Klassen trotzdem nicht wohl auf diesem glänzenden Grunde. Amerika ist ihr Ideal. Amerika als raffinierte Verkäufer mit seiner ausgeübten Rechtsorganisation, Amerika, als Land des sozialen Friedens

das mit Arbeiteraktien und wirtschaftsrechtlichen Organisationen die Arbeiterschaft so restlos auspowert. Alles in allem: Auch das schöne Frankreich, in das manche die ganze Trübsal des in Todeszuckungen zerfallenen Kapitalismus, aber es fehlt der Siegfried, der den Drachen tötet. — Unser die Welt trotzallem!

### Aus der Internationale

#### Holland

In Holland gibt es drei verschiedene Faktoren, die den Prozeß der Selbstaktivität und ideologischen Klärung beschleunigen. Unter den revolutionären Arbeitern gibt es in vereinzelten Betrieben eine kleine, aber festgeschlossene Kern, der seine Aufgabe versteht und die treibende Kraft zur Selbstaktivität ist. Schon mehrere Male haben sie die Delegierten eines Betriebes zu geschlossenem Auftreten mit Beiseitstellung der Gewerkschaften gebracht. Die Arbeit dieser Genossen ist sicher als die wichtigste zu betrachten.

Der zweite Faktor, welcher die ideologische Vorbereitung zur Bildung von Betriebsorganisationen schafft, ist das „Social Anarchistich Verbond“ (=S.A.V.), dessen Prinzipienklärung durch IVO weiter verbreitet ist. Das S.A.V. würde im Sommer dieses Jahres zentralisiert und selber das Produkt politischer Güter, der ideologischen Umformungen und Neubildungen innerhalb der anarchischen Bewegung. In Holland war diese immer eine unzureichende Zusammenwühlung der meist ausnahmslos räuberischen Weltanschauungen. Es war immer eine Bewegung mit fast nur negativen Merkmalen. Es konnte nur angebrochen werden, was sie nicht war. So war hier vertreten alles was gegen die Gewalt, gegen den Staat, gegen die Unterordnung der Einzelwillen unter den Willen der Gesamt-Organisation, gegen Zentralismus war, und so waren auch viele Anarchisten gegen die anarchischen Gewerkschaften, weil diese eine Unterbindung des Einzelwillen voraussetzen. Ideologisch fand man hier die verschiedensten Auffassungen, welche sich z. B. auch hierin äußerte, daß man nie einen „Prinzipienklärung“ kann. Das allgemeine Bindemittel der heterogenen Masse waren ein paar Schlagwörter, welche jeder auf seiner Weise interpretierte, und in der Praxis des Klassenkampfes von keinem Nutzen waren.

Die revolutionären Zuckungen der proletarischen Massen in Rußland und Mittel-Europa, die Besetzung der Betriebe in Italien haben aber ihren Einfluß auf die hierische anarchische Bewegung gehabt. . . und schließlich zu einer sehr gesunden Spaltung geführt. Es wenn sie auch anderes, Erhebtes nach noch nicht gesund genug ist. Der revolutionäre Klassenkampf setzte mit seiner Kritik auf die Schlagwörter ein. Der „indiv. vollen“ Freiheit setzte er ihre Grenzen, den „Gewaltlosen“ wurde es ein höheres Kriterium, die „Waffen ber“. Kurz und gut: Es kamen mehr klare Vorstellungen in Bezug auf Führung und Ziel des Klassenkampfes. So findet man jetzt unter den Anarchisten kräftige Bekräftigung der Idee, die sich auf den Betrieb und selbst Vertreter der Diktatur des Proletariats, was dann selbstverständlich eine Klassenaktuator sein soll.

Es ist klar, daß diese Gürtung und Klärung nicht „religiös“ verliert. Wie gewöhnlich nehmen sie oft den Charakter des „Persönlichen“ an und die „echten“ „verbrissenen“ Anarchisten, bei welchen ihre „Prinzipien“ zu Schraffen entartend, nicht auf den Sack, es kam schließlich zu einer Spaltung in der anarchischen Bewegung. Das S.A.V. wurde gegründet in Gegensatz zu der bestehenden „Föderation anarchischer Gruppen“. Wir wissen schon aus der Prinzipienklärung, daß die „Bewegung“ waren die Diskussionen, welche dazu auf der Gründungsversammlung gehalten wurden. Obwohl die Versammlung in ihrer großen Mehrheit anti-gewerkschaftlich eingestellt war, und auf dem Boden der Betriebsorganisationen, Jedenfalls scheiterte der Versuch der Führer vom „Syndicalistischen Verbond von Betriebsorganisationen“ in der Prinzipienklärung des neuen S.A.V. aufzunehmen, daß man sich auf den Boden der I.A.A. stellen sollte, vollkommen. Der erste Angriff, den neuen Anarchisten, war ein Verstoß gegen die Gewerkschaftspolitik zu machen, wurde glänzend abgeschlagen.

Die Schwächen des neuen S.A.V. sind vielerlei. Die Hauptschwäche meinen wir, besteht in der „Abstammung“. Gerade diese Kraft ist, die „Abstammung“ als Schwäche heißt dann, daß bei ihm der ökonomische Determinismus zu wenig Beachtung findet und daher die politische Tendenz völlig verloren geht. Die „Abstammung“ ist ein historischer Materialismus, der die anarchische Neugruppierung des S.A.V. denn auch noch nicht geschlossene Einheit, sondern man bezeichnet hier kräftige Tendenzen völliger Neu-Orientierung zum modernen Klassenkampf. Alles ist noch im Werden begriffen: Die Orientierung nach dem Räteystem findet nicht in erster Stelle ihren Grund in den Produktionsverhältnissen des modernen Kapitalismus, sondern mehr in der Versumpfung der Gewerkschaften, auch der soz. syndikalistischen, die im einstimmigen Fall mit dem Wort der politischen Parlamentarismus ihren Existenzboden zu finden. Kurz gesagt: aus der ideologischen Praxis treten sie an die Diktatur heran und nicht aus der Theorie.

Sehr stark tritt das zu Tage in der Fräse der Diktatur. Zwar gibt es in der neuen Gruppierung einzelne Genossen, Standpunkt der „Klassenaktuator“ stellt, aber die Mehrheit schreut vor solchen Begriffen, welche zu viel von den alten Phrasen der „individuellen Freiheit“ abweichen, zurück. Und doch ist es für den Revolutionär schließlich die Klassenaktuator, der gegen die Diktatur des Proletariats zu erklären, weil sie tatsächlich die Frucht der sozialen Umwälzungen ist.

Die soziale Revolution hat für den Anarchisten sicher eine andere Bedeutung als für den Staatskommunisten so verstanden. Typs. Bei letztem wird der „Kommunisten“ so verstanden, daß die Betriebe in „Gemeinschaft“, womit sie die „Verstaatlichung“ meinen, übergeführt werden, während die Wirtschaft nach den alten Kategorien als Markt, Preis, Geld, weitergehen wird; das heißt nach dem „Kommunisten“ die Wirtschaft Produktion ordnen, was eine ökonomische Klassenaktuator schafft aber eine andere Wirtschaftsweise mit anderen Bewegungsgesetzen. Nicht der Staat „sozialisiert“, sondern die Produzenten selbst und diese haben also die Produktion zu ordnen, nach welchem die neue Wirtschaft verlaufen wird, anzugeben. Ökonomische Bewegungsgesetze haben aber eine allgemeine Gültigkeit (sonst gibt es bei gesellschaftlicher Arbeit keine Wirtschaft) und somit geben die proletarischen Räte die allgemeine Regel, welche die Produzenten selbst die Produktion ordnen was eine ökonomische Klassenaktuator ist. Und weil die Politik nur eine andere Seite der Ökonomie ist, ist es zugleich eine politische Klassenaktuator. Mit der Diktatur eines Parteiens, was mit der „Produktion“ staatlicher Bestrebungen ist, hat das nichts zu schaffen.

Wir sind denn auch fest überzeugt, daß das S.A.V. bei weiterer Untersuchung der Probleme der sozialen Revolution die Begriffe klarer herauszuschälen wird und die Aufnahme der Diktatur des Proletariats in das Programm wird dann selbst eine ganz klare Zielsetzung zur Gründung kommunistischer Wirtschaft.

Wir müssen jetzt aber noch eine andere Seite des S.A.V.'s beleuchten. Wie gesagt führt diese Organisation die Propaganda für die soziale Revolution mit dem Räteystem als Waffe. Das Sonderbare hierbei ist aber, daß sie als Anarchisten Gegner von politischen Parteien sind. Es muß dazu bemerkt werden, daß diese Neu-Gruppierung doch nichts anderes als eine politische Partei ist, möge sie auch ein anderes Namenbrett tragen. Wir finden es gut, nur muß man aussprechen was ist. Aus den Verhältnissen heraus tritt also hier in Holland die Doppel-Organisation hervor. Insofern ist dies bemerkenswert, weil die Fräse der Doppel-Organisation, welche in Deutschland so viele Geister in Bewegung bringt, hier noch gar keine ist. Es wird hier noch als eine „Selbstverständlichkeit“ hingenommen. Ganz „natürlich“ fügen die Genossen, welche meinen, daß eine ganz neue Arbeiterbewegung entstehen muß, sich zusammen, um ihre Ansichten weiterzubringen. Und wer meinen möchte, daß sie ihre „Partei“ nur als Propagandagruppe aufzufassen, kennt die Jungen, welche hier die treibende Kraft bilden, nicht. Diese haben das der holländischen Bourgeoisie schon mehrere Male bei ihrer Anti-Wahl- oder Dienstverweigerungskampagne deutlich gemacht.

Dann gibt es noch einen dritten Faktor, welcher der Prozeß der Selbstaktivität und ideologischen Klärung beschleunigen wird und das ist dann die Gruppe internationaler Kommunisten. Diese propagiert, wohl noch als kleine Gruppe, aber doch ausgerüstet mit dem was die deutsche und russische Arbeiterbewegung als Klassenkampf gegeben hat, die proletarische Betriebsorganisation als wichtigste Waffe in der proletarischen Revolution.

### Proletarisches Notizbuch

Die Panzerkreuzerkonkodie der SPD wird immer lächerlicher. Der Reichswahlminister hat bereits für 32 Millionen Bestellungen aufgegeben, die die SPD hat sich vorgenommen, nun dagegen zu stimmen. — Sie weiß, daß sie überstimmt wird.

Die Revolution mit Erbsensuppe, wie sie die KPD jetzt wieder im Ruhrgebiet vorbereitet, bedeutet für die Ruhrkönige keine Gefahr. Je mehr die IAH, die Proleten füttert, desto besser gewöhnen sie sich daran, dies als „Kampf“ anzusehen. Zu 2000 warme Mittagessen reicht es schon, wie die „Rote Fahne“ meldet.

Wenn erst jeder seinen Schlag bekommt — ist der Sieg unser! Wozu also noch revolutionären Kampf?

Die Hungerrevolte. Während, wie der „Vorwärts“ meldet, im Monat Oktober wegen Absatzmangel durchschnittlich 7600 Arbeiter in den nordwestlichen Bergbau einseitig werden waren, stieg diese Zahl in der Zeit vom 4. bis 8. November auf 31.000 im Tagesdurchschnitt. Bei Zugrundelegung des Normallohnes bedeuete das einen arbeitsfähigen Lohnausfall von 200.000 Mark; in den dreizehn bisherigen Aussparungstagen also 2.600.000 Mark. Natürlich stellt die Zahl der Preisgeichteten fortwährend weiter.

60 Hochöfen ausbleiben. Wie der Deutsche Handelsdienst meldet, sind von den im Aussparungsbereich, d. h. also im Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vorhandenen 106 Hochöfen von der Arbeitsaussetzung 60 in Betrieb gewesen. Die Kapitalisten, schwingen die Hungerpeitsche und die Proleten den Waschlappen von Demokratie. Unter diesen Umständen „sorgen“ dann die Gewerkschaften.

Kämpf für die Staatsautorität! Warum? Nun, das Duisburger Arbeitsgericht hat folgendes Urteil gefällt: „Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 26. Oktober nicht besteht.“

Die Kosten des Verfahrens, die 500 Mark betragen — nachdem als Verlobter 1. Million Mark angesetzt waren —, haben die Beklagten, die Gewerkschaften, zu tragen. — Die Gewerkschaften haben „Besenknägel“ eingereicht. Sie hoffen, daß bis dahin die Proleten durch die Staatsautorität kirre geworden sind.

Wirtelsturm in Argentinien. WTB. Buenos Aires, 14. November. Die Gegend von Villa Maria in der Provinz Cordoba (Argentinien) wurde gestern von einem Wirbelsturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete und auch zahlreiche Opfer an Menschenleben forderte. Die ersten Meldungen sprechen von 41 Toten und 150 Verletzten.

### Organisatorische Mitteilungen

#### Groß-Hamburg

Dienstag, den 20. November, 20 Uhr: Oeffentliches Diskussionsabend bei Schulz, Ecke Grund- und Schloßstr. — Referat: Die Aufgaben des revol. Proletariats in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen.

Dienstag, den 27. November: Mitgliederversammlung bei Eckelmann, Bartholomäusstr. 1. — Referat: Der Lohnkampf und die KAP.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwammann, Berlin-Bez. — Druck: Drucker für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

#### Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: Ort: Straße:

9. Jahrg Nr. 63

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 24. November 1928

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 629 42.

Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,50 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Die unentbehrliche Regierung Müller

Die Regierung Müller hat seit ihrem Zustandekommen nichts als Mißerfolge aufzuweisen. Trotzdem wird sie von der Bourgeoisie geliebt und weiter gehalten. Parlamentarisch könnte sie jeden Tag gestürzt werden. Die Bourgeoisie hätte die beste Gelegenheit dazu gehabt, als der Reichstag über den Antrag der Sozialdemokratischen Partei auf Ablehnung des Baues des Panzerkreuzers A verhandelte. In der denkwürdigen Sitzung des Reichskabinetts vom 10. August 1928 hatte das Reichskabinet mit den Stimmen der vier sozialdemokratischen Minister den Weiterbau des schon sagedahnt gewordenen Panzerkreuzers zugestimmt. — weil sie annahm, daß die demokratischen Minister mit „Nein“ stimmen könnten, wenn sie selbst mit dem bösen Beispiel der Ablehnung dieses so notwendigen Machtinstrumentes für die deutsche Republik vorangingen. In diesem Fall wäre es zu einer Kabinetskrise gekommen und die Sozialdemokratie hätte den offenen Kampf gegen den Bau von Panzerkreuzern aufnehmen müssen. Sie hätte sich dann an die Spitze des Kampfes gegen den neudeutschen Imperialismus, gegen das Wiedererwachen des deutschen Militarismus wider ihren Willen stellen müssen. Damit hätte sie das Problem der Stellung der Arbeiterschaft zur Landesverteidigung als Ausgangspunkt einer Volksbewegung gemacht. Den sozialdemokratischen Führern wäre die Möglichkeit, die Frage der Landesverteidigung im Kompromißwege mit der Bourgeoisie zu erledigen, genommen. Die sozialdemokratische Tradition und auch die Abrüstungsresolution des internationalen Sozialistenkongresses 1928 verlangte die vollständige Abrüstung von Lande, zu Wasser und in der Luft ohne Unterschied zwischen Sieger und besiegten Staaten. Diese Resolution ging weit über das Heideberger Programm hinaus, das die Republikanisierung der Reichswehr als aktuelle Forderung aufstellte hatte.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers bedeutete also einen völligen Bruch mit den sozialdemokratischen Grundsätzen der sozialistischen Arbeiterinternationalen. Diese Folge der Koalitionspolitik mußte den Widerstand innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegen eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung nur verstärken. Die Bereitwilligkeit zu einer Koalitionspolitik erstreckte sich nur auf die Durchführung der sogenannten Wirtschaftsdemokratie und auf eine Unterstützung einer scheinpazifistischen Außenpolitik. Darüber hinaus aber für die deutsche Bourgeoisie weitere imperialistische Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen, widersprach offensichtlich selbst den weitgehendsten reformistischen Gedanken. Selbst der Reformismus will theoretisch nicht die Förderung der Machtausgleichensetzungen zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten. Auch er erkennt, daß jeder Krieg nur lediglich dem Kapital einen Gewinn bringt.

Das Echo der Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau war das kommunistische Volksgehr. Die Sozialdemokratie durfte sich nicht von der kommunistischen Partei ihre zukünftige Haltung vorschreiben lassen, wenn sie nicht ihre gesamte Organisation zu einem Trümmerhaufen machen wollte. Sie setzte daher alle Hebel in Bewegung, um die von den Kommunisten inszenierte Bewegung zu diskreditieren. Deshalb erzeugte sie eine wahre Bogenstimmung und führte den Kampf als Kampf um die Erhaltung der Organisation. Auf diese Weise gelang es ihr die Mitglieder der Partei von rechts zu zwingen zusammenzuhalten und die Spekulation der KPD, auf den Stimmenfang bei den früheren Wahlen, auf deren patienten Pafismus sie rechneten, zu scheitern zu machen. Das Volksgehr wurde zu einer ungenutzten Pleite für die KPD. Der Pazifismus, der schon tot war, ist jetzt endgültig totgeschlagen. Die Militarisierung der deutschen Arbeiterschaft durch die sogenannten Wehrorganisationen hatte den Sieg davon getragen. Der revolutionäre Impuls wurde, soweit er noch vorhanden war, in den demokratischen Illusionen des Volksgehrs begraben.

Außerdem hatte die Sozialdemokratie einen vollen Sieg ertragen. Der Preis, den die Parteimitglieder für ihr Verbleiben gegenüber dem kommunistischen Ansturm vertragen, war die offizielle Unterwerfung der sozialdemokratischen Ministergenossen unter den Beschluß der Partei, der eine Ablehnung des Panzerkreuzerbau durch die Reichstagsaktion einschließlich der Herren Minister forderte. Die Müller

## Der Kampf an der Ruhr

Der Kampf an der Ruhr neigt, wenn nicht aller Anschein trügt, seinem Ende zu. Nicht etwa, daß die Kraft der Arbeiterschaft gebrochen wäre. — Diese ist noch völlig unerschöpft. Aber es mangelt in den Arbeitermassen an der nötigen Klarheit über den Weg, und eben dieses muß die Arbeiter über kurz oder lang zur Niederlage führen.

Die Unternehmer haben schon heute auf der ganzen Linie gesiegt. Sie haben sich als Hauptvertreter der herrschenden Klasse eben die Kühnheit leisten können, die den Sieg verbürgt. Der Staat ist förmlich bei Seite geschoben worden, wie gern auf diese Weise Gewalt antun läßt. Die Gerichtstische sind in der Substanz immer dünner und eindeutiger und lassen immer mehr die Justiz nicht als eine Dienerei des Herrmann Müller beherrschen. Die Scheinverträge der Demokratie, sondern als eine solche der Unternehmer erkennen. Die „Zustandnisse“, die die Unternehmer in den letzten Verhandlungen machten, können nur noch von der drohenden Seite gewertet werden, wenn die Lage nicht so verdammt ernst wäre. Und der Spruch des Landes- wie des Reichsarbeitsgerichtes wird auf keinen Fall über diese Scheinzustandnisse hinausgehen.

Denn schon kämpfen der von den Sozialdemokraten geführte Scheinstaat und seine Gewerkschaften um ganz etwas anderes als um Zuständnisse. Sie kämpfen, soweit man sie seitens der Salboreien und Quacksalbereien mit dem Wort Kampf überhaupt bezeichnen kann, nur noch um die Aufrechterhaltung des status quo. Oder vielmehr um die letzten Fetzen der Aufrechterhaltung einer für die Führer persönlich imminenz nicht unangenehmer Scheinexistenz und um die letzten Fetzen der Phrasen von der Wirtschaftsdemokratie und Gleichberechtigung der Klassen im „demokratischen“ Staat. Wenn sie das nur erreichen könnten, so wäre beide — politische und gewerkschaftliche Reformen schon froh. So hat das Hauptvorstandsmitglied des DMV, Reichel, der in den geheimen Verhandlungen eines ganz kleinen Kreises von Unternehmern und Gewerkschaftsführern, der jetzt fast, eine Rolle spielte, sich mit einer Aussparung bereit erklärt. Daß es diesmal noch nicht dazu kam, war nicht nur aus der Erregung der Arbeiter, sondern auch aus dem Wunsche der Unternehmer zu erklären, diesmal ganz Arbeit zu tun und den Gewerkschaftsführern diejenige Lektion bis zum Schluß zu erteilen, die sie so bald nicht wieder vergessen sollen.

Und in der Tat ist, wie schon angedeutet, das Blüchfeld von allem demokratischen Gerümpel geräumt. Weder Linksregierung, noch Reichstag, noch Schlichter, noch Arbeitsminister, noch Tarifvertrag, noch Verbindlichkeitsklärung spielen mehr die geringste Rolle. Der Generaldirektor und als letzter Rest der „Staatsautorität“ der ihm mit Herz und Hand ergebene erzkonzern Jurist der höheren Gerichtsbarkeit spielen nur allein eine Rolle.

Und Genossen sollten vor aller Welt bekunden, daß sie Verrat an den Prinzipien der Partei geleistet hätten. Dem einfachen Parteigenossen sollte damit bewiesen werden, daß selbst der Vorsitzende der Partei, auch wenn er Reichskanzler ist, nicht das Recht hat, sich über Parteibeschlüsse hinwegzusetzen. Der „Vorwärts“ erklärt ganz unverblümt: „Die Massen der Volksgehr haben durch ihr Fernbleiben von kommunistischen Vorträgen ein bewundernswertes Beispiel von Geschlossenheit und Disziplin gegeben. Dieses Beispiel soll sich Gegenstück finden in der vollkommenen Geschlossenheit und Disziplin der kommunistischen Reichstagsfraktion.“

In der Tat haben die Panzerkreuzerdebate im Reichstag die Sozialdemokraten geschlossen den Panzerkreuzerbau abgelehnt. Heißt dies nicht die Sozialdemokraten, die Kabinetsfrage, sie waren bereit für die sozialistischen Prinzipien ihr weiteres Verbleiben in der Regierung zu opfern. So hoher Mannesmut müßte eigentlich in Erinnerung sein. So haben sozialdemokratischen Minister damit die Früchte ihrer braven Arbeit aufgaben. Aber siehe da, es blieb alles beim Alten. Die Deutschnationalen hatten es in der Hand, die Regierung zu stützen, indem sie den Panzerkreuzerbau ablehnten. Die Regierung hätte auch die Kabinetsfrage stellen müssen, nachdem sie im Reichstag in der Minderheit geblieben war. Es war aber

„Und die Unternehmer werden sich nicht erweichen lassen, liebe Gewerkschaftsbesitzer. Und sie werden diesmal ein Herz haben, noch härter als Stein. Geht es doch im Wirtschaftlichen Tiefenrunde um die ökonomischen Früchte der mit starken finanziellen Opfern durchgeführten Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Rationalisierung.“ Diese Früchte ihrer kurzlebigen Wiedergeburt will das deutsche Großkapital ganz allein einheimen. Deswegen bereiten auch schon die Unternehmer in anderen Branchen ähnliche Aussparungen vor, wie die Eisenherren an der Ruhr. Und die deutsche Arbeiterschaft wird hier vor Aufgaben gestellt, deren Nichterfüllung sie noch tiefer in den Abgrund hineinstoßen wird, in dem sie sich nun schon seit Jahren befindet.

Die deutschen Arbeiter erweisen sich in der Tat von neuem unfähig, ihre Geschichte, indem sie sie selbst meistern, endlich zum Besseren und aufwärts zu wenden.

Der Kampf an der Ruhr liegt in den Händen der Gewerkschaften, und soweit sich das in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter spiegelt, in den Händen der anscheinlich ihrer Autorität drohenden „arbeiterfreundlichen“ Schlichterrepublik. Zwar bestehen sogenannte Kampffestungen in verschiedenen Betrieben. Aber diese sind derartig mit Gewerkschaftlern und Republikanern besetzt, daß ein musterfälliger „Disziplin“ im kritischen Moment des offenen Umfalles der Gewerkschaftsführer, an einem Willen Mitgehen dieser jedes selbständigen Handelns entzogenen Elemente nicht gezeitigt werden kann. Ob dieses Siegel wird sich denn die KPD, freuen, die als Harlekin in diesem großen Kampfe nur immer hübsch darauf achtet, daß das Suppenthermometer der IAH nicht fällt.

Und die KAP, wie die AAU, sind heute noch zu schwach, um dem Rad der Geschichte, das zunächst noch rückwärts dreht, in die Speichen zu fallen und es in die entgegengesetzte Richtung zu zwingen.

Aber das deutsche Proletariat muß nunmehr zur Besinnung kommen, wenn es nicht endgültig den zweiten Weg wählen will, der ihm neben dem Siege und dem Sozialismus noch offen steht, nämlich den Untergang in die Barbarei. Schon wieder steigt die Arbeitslosigkeit und wieder zieht die proletarische Winter, dem 10. seit der verpflanzten Revolution, entgegen.

Noch ruht sich nichts. Aber die Geschichte steht in ihrem dialektischen Entwicklungsgang nicht still. Und so ist vielleicht der Märzsturm, der der Fäulnis und dem Nebelzorn des November ein Ende macht, doch näher, als mancher denkt. Aufgabe der Arbeitermassen selbst ist es, an dieser Aufgabe zu arbeiten; denn die Befreiung der Arbeiter-Schwankungen, doch schließlich und endlich nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

alles abgekartiertes Spiel. Die bürgerlichen Parteien lieben die Sozialdemokratie für Bekanntheit zu ihren Prinzipien mit tönenden Phrasen verknüpfen. Ausgerechnet der Blüthum Weg wurde zum Spracher der Reichstagsfraktion bestimmt, an dessen Händen das Blut des Berliner Proletariats fließt, sang als lyrischer Tenor pazifistische Weisen. Die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie zeigt ihr brutales Janusgesicht. Die bürgerliche Presse bestätigte, daß die Rede Weis in Berlin Nordens Sozialdemokratie haben würde, soweit war die Sozialdemokratie, um dem demagogischen Bedürfnis nachzukommen. Nicht der Staatsmann Weis, sondern der Tribün Weis hätte gesprochen. Die Bourgeoisie verlangte Genugtuung, sie wollte diese Sprache nicht ändern. Die Regierung Müller war gefälligt. Deshalb mußte der Diplomat Breitscheid, diese Promadendichtung von englischem Lord und Wiener Oberkeller, wieder ernten, was die Proletariatsseele Weis zuviel des Guten geredet hatte. Der Bau des Panzerkreuzers wurde, angenommen, die Sozialdemokratie blieb in der Minderheit. Man hatte dafür gesorgt, daß das linke Zentrum und die Demokraten trotz ihrer öffentlich bekundeten Gegnerschaft gegen den Panzerkreuzerbau ihre Stimmen dem Herrn Ordner gaben. Der Reichspräsident Hindenburg sollte seinen gesamten Einfluß bei den bürgerlichen Parteien für seinen vielgeliebten Militarismus geltend gemacht haben. Aus Sentimentalität für den alten Herrn haben brave Par-



Namentlich in den Mittelschichten lebte diese Stimmung; im Kleinbürgertum, im neuen „Mittelstand“, in der Bauernschaft. Diesen Schichten war durch den Krieg die Grundlage ihrer Existenz zernichtet worden. Zwangsökonomie, Hilfsindustrie und die tieferen Klassen der Arbeiterklasse hatten das Handwerk und den Kleinhandel in den Bankrott getrieben. Voll Bitterkeit hatte der „solide Mittelstand“ gesehen, wie er vor die Hunde ging, während Spekulation, Schiebertum und Korruption gediehen. Eine Ahnung ging durch diese Schichten, daß die Entwertung des Geldes ihren kleinen Besitz aufzessen werde. Wer hatte es dahin gebracht? Das alte System. Fort mit ihm.

Das Heer der Angestellten und die ganze bürokratische Intelligenz hatten am festesten auf den Sieg gehofft. Das „größere Deutschland“ sollte ihnen eine glänzende Zukunft sichern. Der Traum war verfliegen. Die Beamten hatten in allen Nöten treu zu ihrem Bützel, dem alten Staat, gestanden. Sie hatten ihn, als er schwankte, gestützt. Er hatte ihr Vertrauen in seine Festigkeit betrogen, und diese ebene Festigkeit des Staates war die Grundlage ihrer ärmlichen, aber für „alle Ewigkeit gesicherten Existenz“ gewesen! Mit dem Zusammenbruch des alten Staates wurde, die ganze Lebensaufassung der Beamten erschüttert, ihre Welt entzogen. In der Angst vor der Zukunft sahen sich diese Beamten, Kontoristen, Techniker usw. ihr Gegenwart an, und sie fanden, daß sich ihre Existenz vor der Arbeiterklasse nicht im geringsten sich unterscheidet. Gerade die Angestellten sahen ein, daß ihnen alle Aussicht auf den „Mittelstand“ genommen war. Im Großbetrieb waren sie aus jeder persönlichen Verbindung mit dem Unternehmer gerissen. In ihrer Masse machten sie dieselbe geistige Arbeit wie der Arbeiter an der Stanze oder an der Bohrmaschine. Und ihre Zukunft war nicht gesicherter als die des Arbeiters. In dieser Erkenntnis wagten sie es schon langsam, zwar sehr langsam, sich selber Proletarier zu nennen.

Alle diese Kleinbürger und diese Schichten mit kleinbürgerlicher Gedankensphäre hatten in der „Neue Welt“, der ihnen sagte, daß die „neuen Machthaber“ die Ebert und Scheidemann, Fleisch von ihrem Fleisch seien. Sie vertrauten sich ihnen an. Man konnte es ja einmal mit dem gefährlichen Ding, das sich Sozialismus nannte, versuchen.

Auch in der Bauernschaft stieg die „Wahl hatte ein Teil der Bauern während des Krieges gute Geschäfte gemacht, aber ihr Besitz war entwertet, die Wirtschaft verfallend, durch Mangel an Arbeitskräften, an Dünger usw. Der Viehstand fast vollständig aufgefrischt. Das Geld im Beutel, die Kriegesgewinne im Schrank hatten keinen so sicheren Wert, als man glaubt hatte. Sollte die Wirtschaft der Bauern auf den alten Stand gebracht werden, dann waren große Neuanschaffungen nötig, die mehr verzehrten, als der Krieg eingebracht hatte. Und es gab zahlreiche Kleinrentner, die in Massen nicht gewonnen, sondern verloren hatten. Keine Klasse empfand so schwer die Menschenopfer, die sie dem Moloch Vaterland geopfert hatten, wie die Bauern, denn für sie ist die Familie Arbeitskraft. Der Krieg hatte diese Arbeitskräfte in Massen nutzlos verschlungen. Das alte System war schuld. Die gesamten Mittelschichten, die im Gefühl ihrer Ohnmacht stetig gingen, mit dem Starke zu gehen, wandten sich jetzt von allen ab. Sie standen der Arbeiterklasse mit einem Gemisch von Erwartung, Mißtrauen und Sympathie gegenüber.

Wie stand es mit der Arbeiterklasse? Sie hatte den Krieg längst satt gehabt, dem sie alles geopfert hatte: Leben und Lebenskraft, Gesundheit und Brot, ihr höheres Freiheits- und Lebensrecht. Sie hatte im Burgfrieden sich selber als Klasse aufgegeben. Wohl hatte sie einige Male wider den Stachel gekratzt, doch war sie unter der Einwirkung der Sozialdemokratie immer wieder unter Joch gekrochen. Jetzt fühlten ihr alle Hände voll zu tun. Der ungeheure Druck der Kriegesgewinne wickelte sich um sie. Sie konnte sich aufrechten. Und plötzlich fand sie alle Macht in ihren Händen. Es war wie ein Traum.

Die Arbeiterklasse war im Besitze der Macht, nachdem sie vier Jahre lang willenloses Objekt eines verhängnisvollen Schicksals gewesen war. Sie hatte keinen Kampf gebraucht, kaum eine Erhebung. Widerstand hatte sie nirgends, nur hier und dort den leisen Versuch dazu gefunden. Die wilde Brand der Kriegsjahre war plötzlich vor ihr versiekt. Während des Krieges hatte diese Klasse, wenn man sie als Ganzes nimmt, ihre Aufgabe nicht erkannt. Sie war verwirrt durch die gewaltigen Ereignisse. Wo sich ihr Klasseninstinkt regte, wirkte sofort der ganze Apparat der Partei ein, der sie seit Jahrzehnten ihr Vertrauen geschenkt hatte. Nur ein kleiner Vortrupp hatte sich durchgerungen. Er wurde nicht nur geschmäht, verurteilt und verfolgt, von den Feinden des Proletariats, sondern von den anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse selbst. Dieser Vortrupp allein hatte einen Begriff von den Aufgaben, die jetzt zu erfüllen waren. Die große Masse war hilflos, verunsichert, moralisch schwach.

Die Arbeiterklasse schleppte noch die Halbheiten und Einbildungen der Vorkriegszeit mit sich herum. Soweit sie im Kriege erstarkt waren, lebten sie wieder auf. Für die meisten der Kriegsjahre war die Arbeiterklasse ein Ausnahmefall. Nach dem Kriege mußte es in Kürze wieder so werden wie vor dem Kriege. Und wie war es gewesen? Zwar hatte die deutsche Arbeiterschaft eine Periode ewigen Glücks erlebt, die sie hinter sich, und das letzte Jahrzehnt kriegerisch mit wachsender Eurythmie und langsam sinkender Lebenshaltung gewesen. Dennoch fühlte sich die Klasse im Besitze bürgerlicher Rechte und angesichts der galoppierenden Entwicklung der deutschen Wirtschaft in einer behäbigen Existenz. Das deutsche Proletariat sah im Bewußtsein der eigenen Untertänigkeit zu seinem Herrn auf. Es träumte von einer besseren Gesellschaft der Zukunft, es muckte auch mal über, aber es hatte doch das Gefühl, daß es an der Spitze der Herrschaft stand. Es hatte keinen rechten Begriff für das Wort: „Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten!“ Das war ihm eine Deklamation, die sich gut ausnahm, aber nicht ganz ernst genommen werden sollte.

Die deutsche Arbeiterschaft war vor dem Kriege stark differenziert. Ihre Hauptmassen saßen in der Mittelbühnen der Verfeinerungsindustrie, wo eine ziemlich scharfe Scheidung zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern rezeleb war. Die qualifizierten Arbeiter mit den Vorarbeiten und Meisterarbeiten bildeten eine ziemlich breite Schicht, die sogenannte Arbeiteraristokratie. Diese Schicht war der eigentliche Träger der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Aus ihr rekrutierten sich die Arbeiterbürokraten, die dank ihrer gesicherten Existenz und dank der Tatsache, daß der Klassenkampf nicht über den kleinen Kleinrentner hinauswuchs, die kleinbürgerliche Behäblichkeit der Arbeiteraristokratie besonders stark entwickelte, zugleich mit dem stolzen Bewußtsein, Führer zu sein in einer sich mächtig ausdehnenden Bewegung, der die Zukunft gehörte. Die Gebiete, in denen die mittlere Industrie vorherrschte, sind Berlin, Sachsen, Thüringen, bis zu einem gewissen Grade die Halanstädte und einige Bezirke in Süddeutschland. Es sind die Hochburgen der Sozialdemokratie.

In der schweren Industrie mit ihren Massenheeren von Arbeitern und ihrer höheren wirtschaftlichen Bedeutung, war die Arbeiteraristokratie eine verhältnismäßig schmälere Schicht. Aber diese schwere Industrie war in ihrer schnelleren Entwicklung aus allen rückständigen Gebieten Deutschlands und aus rückständigen fremden Ländern die Arbeiter in großen Massen heran. Die brauchten ihre Zeit, um für den Klassenkampf reif zu werden. Darum behielten auch in den Zentren der Schwerindustrie, im Ruhrgebiet und in Ober-Sachsen, die katholische Kirche und die kleinbürgerliche Zentrumspartei unter den Arbeitern lange Zeit einen starken Rückhalt und Einfluß. Nur langsam können sie zurückgedrängt werden.

Wo aber in diesen Gebieten große Arbeitermassen für den Klassenkampf gewonnen sind, da führen sie ihre Streiche mit viel stärkerer Wucht. Denn hier sind sie durch die riesige Macht des Klassenfeindes zu den stärksten Anstrengungen gezwungen und ihre Funktion im Wirtschaftsleben ist so bedeutungsvoll, daß jede ihrer Kämpfe ganz von selber einen revolutionären Charakter annimmt.

Vor dem Kriege standen die gewaltigsten Massen des Landproletariats fast ganz außerhalb der Arbeiterbewegung. Erst Anfang der Organisierung waren vorhanden. Die Landarbeiter trugen ihre elende Lage, trugen die Sklavengesetze, die sie noch mehr fesselten als den Industriearbeiter, ohne Willen zum Widerstand. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Krieg brachte sie mit den Industriearbeitern zusammen, erweiterte ihr Gesichtsfeld gewaltig. Ihr Selbstbewußtsein stieg. Die Revolution brachte ihnen das große Erwachen. Gewiß bildete die Landarbeiterschaft noch ein Rekrutierungsgebiet für die Soldatentruppen der Gegenrevolution. Aber die kompakten Massen dieser Schicht des Proletariats nahmen unter schwersten Bedingungen, oft sich selber überlassend, an den großen revolutionären Kämpfen teil.

### Zehn Jahre „Rote Fahne“

Man ist von Seiten der KPD, und der Moskauer Massenhypnotiseur wohl schon allenthalben gewohnt, was sich jedoch die „Rote Fahne“ mit ihrer Jubiläumsummer leistet, übertrifft an Geschicklichkeit und politischer Falschmünzerei „so unendlich alles, was bisher dagewesen ist; und das will wirklich schon etwas bedeuten.“

Auf der ersten Seite erscheint ein Drogenstein: Lenin, Liebknecht, Luxemburg. Schon hier, auf dem historisch-theoretischen Grund besagter Wissenschaft, die in der Lektüre dieser Jubiläumsummer verbrochen wird, offenbart sich eine Schändlichkeit, um nicht zu sagen: Gewissenlosigkeit, die wohl als das einzige originale dieser Festnummer angesehen werden kann. Man hat offenbar gar keine Bedenken vor einem kritischen Sinn des lesenden Publikums. Hat das Zeug eben hin, wie einen Schandnam. Denkende Arbeiter wissen nämlich, daß der „Luxemburgismus“ dem Leninismus gegenübersteht wie Feuer und Wasser. In Konsequenz dessen dürfte eine Ruth Fischer schon den „Luxemburgismus“ als einen Syphilisbazillus bezeichnen und kein anderer als Eucharist hat die „Rote Fahne“ in der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ so auf seine Art „erledigt“. Der Internationalismus Rosa Luxemburgs paßt schlecht zu der Theorie des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“, deshalb mußte er mit Feuer und Schwert ausgerottet werden. Karl Liebknecht hat schon aus dem Zuchthaus 1918 seine Zweifel hinsichtlich, ob Lenin und Trotzky nicht den Scheidemann, David und Konsorten die Ernte einbringen helfen. Die weiteren Veröffentlichungen Rosa Luxemburgs — erinnert sich nur an den denkwürdigen Artikel in den „Spartakusblättern“ — zeigen, wie ein unerschrockener Geist der unbestechlichen Revolutionärin, die dem Opportunismus der Bolschewiki erbarmungslos den Schleier herunterreißt, und den Bolschewiki prophezeite, daß eine Allianz mit dem deutschen Imperialismus die russische Revolution verflüchtigt. Aber die Bilder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs neben dem Lenin, brauchen in der „Rote Fahne“ ja nichts zu bedeuten. Es ist auch Nebensache, warum neben Lenin nicht Trotzky und Sinowjew revolutionäre Würde ausstrahlen dürfen, die des russischen Arbeiterverbandes gemeinsam mit dem Namen Lenins die Herzen unkritisch feilschmäßig revolutionärer Arbeiter beunruhigen.

Die „Rote Fahne“, die ihr Jubiläum Bestehen feiert, braucht nicht zu verraten, daß das Erbe Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, das einmal in der „Rote Fahne“ eine Seite fand, nach der Ermordung dieser beiden bald mit Feuer und Schwert ausgerottet wurde. Kein Wunder, wenn sie die „Rote Fahne“ so unendlich feindlich „ausschloß“, die an dem Geiste Rosa Luxemburgs festhielten. Der Heideberger Parteitag war jenes große Begräbnis, der die „Rote Fahne“ zu verbrennen suchte, die den Geist Rosa Luxemburgs atmend in die „Rote Fahne“ schickte, die den Geist Rosa Luxemburgs atmend in die „Rote Fahne“ schickte, die den Geist Rosa Luxemburgs atmend in die „Rote Fahne“ schickte.

Wir sehen dann die „Rote Fahne“ im Wandel der Zeiten als Sprachrohr immer jene Klänge, die sich in der jeder revolutionären Tradition gemindert wiederholen. Sie werden nicht nur gehalten, wir sehen sie, wie sie die „Neutralität“ verkündet, als die rote Armee vor Warschau steht. Wir sehen, wie sie im Kampfputsch die „Jovale Opposition“ predigt, wie sie die Brandreden in Sachsen verhilmt, wie sie im Balkan die Waffenlieferungen Rußlands an die Reichswehr verurteilt. Wir sehen, wie sie „Hurra“ schreit, wenn revolutionäre Arbeiter in Sibirien krepieren und Amannal in Moskau auf Rosen wandeln. Sehen, daß sie in der „Rote Fahne“ die russischen Genossen zum Scheitern ist, und den Korrupturen Werkzeugen der russischen Regierung sind. Sehen, wie diese „Rote Fahne“ die Arbeiter begreift, die den russischen Revolutionären die Treue halten. Sehen, daß sie die „Rote Fahne“ die Folgen ableiten können, die der wenig bedeutenswerte Dienst dieser Zeitung zeitigen muß. Die Widersprüche von revolutionärer Phrasologie und der real bürgerlichen Politik der russischen Regierung, aus deren Hand die Schreiber der „Rote Fahne“ fressen müssen, muß notwendig das ideologische Chaos vergrößern, daß sich heute noch KPD, namentlich und dem diese „Rote Fahne“ voranweht. Die Offensive des Weltkapitalismus gegen die Arbeiterklasse wird, wie der Verrat an der Ruhr, von neuem so klassisch beweist, den Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß es andere Wege der Aktion beschreiten müssen und aufreuen müssen mit jenem inhaltslosen Plunder prinzipiellen Gesandten, das keinen Weg aus der Sackgasse des Reformismus zeigt. Darin wird auch die Stagnation der russischen Revolution, die nur noch von Leichenschändung lebt, die aber niemals verhindern konnte, daß revolutionäre Arbeiter unabhängig an ihrer Presse arbeiteten, die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ unter den schwierigsten Umständen nachdrücklich fordern, daß sie sich nicht nur noch von Leichenschändung lebt, die aber niemals verhindern konnte — trotz der „Rote Fahne“.

### Proletarisches Notizbuch

Schlauermet! Der „sozialistische“ Völkerbundsvertreter Frankreichs, Boncour, ist von seinem Posten zurückgetreten, ebenso hat Jouhaux, der reformistische Gewerkschaftssekretär, seinen Posten als Arbeitervertreter im Völkerbund niedergelegt. Blättermeldungen zufolge spekulieren beide auf einen Ministerposten in dem neuen französischen Kabinett. Selbst die gerissensten Gauner opern ihren letzten Posten — wenn sie einen noch fetteren ergattern können.

Rote Profit hat im Atlantischen Ozean bei einer Passagierschiff, das mit der Besatzung sank, reiche Ernte gehalten. Kein Rettungsboot der „Vestris“, so ließ der schwimmende Sarg, war seefest oder genügend ausgerüstet. Der Kasten selbst noch nicht einmal entzerrt. Der Kapitän scheint verreckt zu sein, die Besatzung ist noch nicht gefunden. Die notwendigen Vorkräufe zur rechtzeitigen Rettung? Hunderte sind ertrunken. Wie hoch der schwimmende Sarg versichert war, ist nicht bekannt.

Die Textilarbeiter sind dran! Dresden, 20. November. Der Landeschlichter, Ministerialrat Haak, ist vom Reichsarbeitersministerium zum Landeschlichter für die Regelung des Lohnstreites in der Textilindustrie in Westsachsen und Ostthüringen ernannt worden und hat die Parteien zu Verhandlungen auf Freitag, den 23. November, vormittags 10 Uhr, in das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium geladen. — Wie die Sache endet, müßten die Proleten nun bald wissen!

Hungersnot in Rußland. Die Iswestija melden, daß an der Wolga, in Nordkaschien und in der Ukraine nicht weniger als 4 Millionen Menschen durch den Hunger sterben. In der Ukraine und Kaluga sahen sich die roten Truppen bereits gezwungen, auf die murrende Volksmenge zu schießen, die sich an das Ausplündern der spärlich versorgten Vorratskammern und Eisenbahnstationen machte.

### Buchbesprechungen

Sozialistischer Literaturführer. II. Jahrbuch der „Bücherwarte“, 105 Seiten. 1928. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin.

Das Jahrbuch enthält die Leitursätze der „Bücherwarte“ des Jahres 1927, nach dem Stande am Ende des Jahres von den Verfassern durchgesehen und wo nötig durch neue Angaben ergänzt. Das Buch enthält eine Reihe wissenswerter Artikel aus den Federn erster sozialdemokratischer Autoren, so z. B. „Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie“ (Alfred Brauns), „Die Methode sozialdemokratischer Schlußfolgerungen“, „Einführung in die Soziologie“ (Max Adler), „Entwicklung und Vererbungstheorie“ (Gustav Illus) u. a.

Wir wissen, daß die sozialdemokratischen Theoretiker der Politik ihrer Partei und der Gewerkschaften oft sehr herb ins Gesicht schlagen, theoretisch, das aber gibt diesen Abhandlungen den Wert für revolutionäre Arbeiter. Auch andere, nicht genannte Aufsätze, die das revolutionäre Proletariat als unmarxistisch ablehnt, sind lesenswert, die es einleitend, die bessere Methode sozialdemokratischer Schlußfolgerungen, die dem Revisionismus zum Siege verhilft. R. P.

Rund um den Staatswahn. Eine historisch-politische Revue mit einem Vorspiel. Die letzten Tage des kaiserlichen Deutschlands, von Wilhelm Herzog. Sonderdruck des Forum, 96 Seiten. Preis broschiert 1,50, gebunden 4 Mk. Forum-Verlag, Berlin W. 35.

Herzog läßt in dichterscher Form die Ereignisse der letzten 10 Jahre Revue passieren. In dem Staatswahn der Bourgeoisie, um den die krassesten Schandthaten des Kapitals und seiner sozialdemokratischen Helfer gruppiert sind, ist die demokratische Republik personifiziert. Das Werk ist als Bühnenwerk für revolutionäre Arbeiterorganisationen gedacht, es ist schneidend und deshalb ein vorzügliches Nachschlagewerk für die propandistische Tätigkeit. R. P.

Die lebende Mumie. Roman aus dem Jahre 2025. Von Max Winter. Umfang 256 Seiten. Preis broschiert 3,20, Lenin 4,50 Mk. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Der bekannte sozialdemokratische Autor antwortet hier dem Versuch, die Welt nach Erfüllung der soziologischen und technischen Vorbedingungen unserer Zeit darzustellen. Einseitigkeit in den Urteilen einer Handlung, die einen Schläfer aus unserer Zeit hundert Jahre später erwachen läßt, also das angelegentlich soziale und sozialistische Streben unserer Tage gegenüber der Erfüllung in der Zukunft, ergibt sich zwar ein überaus reizvolles Bild einer Gesellschaftsordnung im kommenden Jahrhundert, das aber mit Sozialismus wenig zu tun hat, wenn die Dialektik und die materialistische Geschichtsbildung nicht einseitig sind. Winters „Sozialismus“ ist Sozialdemokratisches, hineingewachsen, und dem Stimmzettel erobert, wenn die Etappe, da sie dem Autor wahrscheinlich selbst unwahrscheinlich erscheint, auch überzogen ist, wofür der hundertjährige Schlaf eines Gegenwartsmenschen erfinden ist.

Winters Gesellschaftsbild ist nur insofern von dem der alten Utopisten verschieden, als die heutige Gesellschaftsordnung von der damaligen verschieden ist. Die Kulturstufe, die Winters nachvollziehbare und nachvollziehbare schildert, wird längst hinausgewachsen sein über seine „Vereinigten Staaten von Europa“ mit ihrer Planwirtschaft und dreistöckigen Häusern, mit Doktoren, Professoren, Direktoren, mit Obrigkeit und Unrecht. Das Buch ist lesenswert und wird zweifellos eine starke propandistische Wirkung haben. R. P.

Kämpfer und Kunder, von Hermann Wendel, 144 S., Preis brosch. 2,20, Lenin Mk. 3,50. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Hermann Wendel, der bekannte feinsinnige Essayist der Balkanliteratur, versucht sich hier an größerem Objekt. Er gibt einen Querschnitt durch die große europäische Literatur der Dichtung und des Prosa, die den menschlichen Fortschritt, jener revolutionären Geister, die, zeigend, in den blauen Fernen der Zukunft Joch den Triumph der Freiheit für alle über egoistische Privaterechte sahen. Von den französischen Enzyklopädisten bis zu Anatole France und den großen Russen spannt sich der Kreis der betrachteten Persönlichkeiten (Ludwig Holty, I. H. Vögl, Jean Paul, E. T. A. Hoffmann, H. von Kleist, W. Müller, Anastasius Grün, H. Leuthold, F. C. Schlosser, Johann Jacoby, Friedrich Engels, J. B. von Schweitzer, Voltaire, Saint-Simon, Victor Hugo, A. P. Courcier, G. Flaubert, Anatole France), die mit ihrer Arbeit über ihre Zeit hinausstrahlen und neue Wege des Denkens und Fühlens weisen konnten. In jeder Zeile erweist sich Wendel als der am historischen Materialismus geschulte, der sich und die Leser nicht mit artistischen Deutungen herumplagt, sondern knapp und treffend jeder charakterisierten Persönlichkeit die Stellung in ihrer Zeit anweist. R. P.

### Organisatorische Mitteilungen

Donnerstag, den 27. November: Mitgliederversammlung bei Eckelmann, Bartholomäusstr. 1. — Referat: Der Leninismus und die KAP.

Donnerstag, den 11. Dezember: Öffentliche Diskussionsabend bei Eckelmann, Bartholomäusstr. 1. Thema wird bekanntgegeben. Der Arbeitsausschuß.

### Groß-Berlin

Achtung! Alle Genossen, die in Massenaktion mitgewirkt haben, so wie Genossen, die im Bühnenstück der Januar-Feier mitwirken wollen, müssen am Montag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Laden erscheinen. Der Obmann.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwann, Berlin-Brick. — Druck: Drucker für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17, Langestr. 79.

9. Jahrg Nr. 64

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 1. Dezember 1928

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchzahlnd. 1. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

## Konjunkturrückschlag und Kapitaloffensive

Das deutsche Kapital befindet sich augenblicklich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Auf die künstliche Konjunktur des Jahres 1927 ist ein starker Rückschlag erfolgt. Der Binnenmarkt, auf dem sich der Absatz aufbaute, ist nicht mehr in stande, die durch die Rationalisierung gesteigerte Produktion auf sehr hohes Dumping ermöglicht worden war, hatte mit der Zeit derartige Verluste mit sich gebracht, daß selbst die im Laufe des Jahres 1928 eingetretene Preissteigerung keinen Ausgleich schaffen konnte. Dazu kam, daß die hohen Inlandspreise die Konkurrenz verminderten und infolgedessen der Absatz weiter zurückging. Bisher war der deutsche Binnenmarkt durch die Aufnahme riesiger ausländischer Kredite in die Lage gebracht worden, sozusagen aus sich selbst heraus eine Steigerung des Absatzes zu erzielen. Die Aufnahme weiterer Kredite verbot sich aber von selbst aus der Lage des deutschen Kapitals. Sie hatte zur Voraussetzung, daß durch gesteigerten Absatz die Bezahlung der Zinsen gesichert werden konnte. Jemehr aber die deutsche Industrie gezwungen war, unter Selbstkostenpreis zu exportieren, um so weiter stellten sich die Kreditkosten, so daß schließlich die aufgenommenen Anleihen nicht mehr rentabel waren. Aus diesen Gründen mußte das deutsche Kapital im Laufe des Jahres 1928 in immer stärkerem Maße zu Betriebsstilllegungen und Betriebserschließungen greifen. Dazu kam, daß die Ueberproduktion für Inlandsware zu hohen Lagerbeständen geführt hatte, durch die ebenfalls ein Stillstand in den Bestellungen eintrat. Die Folge des Rückganges des Inlandsabsatzes waren immer heftigere Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Ein Seit jenseits den anderen. Die Unternehmer benutzen den Konjunkturrückschlag, um ihrerseits zur Offensive gegen alle Bindungen überzugehen, durch die sie in ihrer Bewegung durch die politische Entwicklung seit der glorreichen Novemberrevolution eingekerkert waren. Gegenüber diesen Angriffen zieht sich die Sozialdemokratie auf den „Rechtsstandpunkt zurück. Nach der wirtschaftlichen Lage fürchtet sie einen gewerkschaftlichen Kampf zu führen, weil die Unternehmer absolut kein Interesse an der Fortführung der Betriebe haben. Die Stilllegung kommt ihnen nicht teuer zu stehen, als das Arbeiten der Betriebe. Auf einen Machtkampf wollen es die Gewerkschaften auf keinen Fall ankommen lassen, weil sie damit den Bankrott der Wirtschaftsdemokratie offen zugeben müßten. So stehen die Arbeiter der Wirtschaftsdemokratie gegenüber, ob die Versprechungen der Reformisten ihnen einen Ausweg bieten. Sie schwanken dauernd hin und her, je nachdem der Wind weht. Augeneblicklich haben die Reformisten wieder etwas Terrain gewonnen. Das Duisburger Landesarbeitsgericht hat den Schiedsspruch des Herrn Wessel für verbindlich erklärt. Das Reichsarbeitsgericht will sich heilen und ausnahmsweise in drei Wochen eine endgültige Entscheidung treffen. Die Sozialdemokratie atmet auf. Der „Rechtsstandpunkt“ scheint sich durchzusetzen. Es gibt noch „unabhängige“ Richter in Duisburg und vielleicht auch in Leipzig.

Zwischenworte der Unterstützungsmaschine. Die Gewerkschaften, der Staat lassen Almosen. Die IAH gibt jedem hundertsten Proleten einen Schöpfungsfuß Essen. Die KPD beantragt in allen Städten Unterstützungssummen zur Hälfte für die Gewerkschaften und zur Hälfte für die IAH. Alle sorgen dafür, daß auch wirklich brav durchgehalten wird. Während ist der Eifer, mit dem dem Proleten der Mund verkleistert wird.

Zwischenworte der Unterstützungsmaschine. Ueberall im Reich werden Schiedssprüche gefällt, die die Arbeiterschaft auf lange Zeit festlegen und gleichzeitig vollkommen unzureichende nominale Lohnbesserungen, den am Hunger nach nachdenklichen Proleten bringen. Trotzdem verlangen die Gewerkschaften die Verbindlichkeitsklärung dieser Schiedssprüche. Die Unternehmer haben einen Ausweg gefunden, sie sind bereit, die Lohnbesserungen anzunehmen, wenn es ihnen schmeichelt, ein-einzelne bis anderthalb Millionen Arbeitlose gibt. Diese Ziffer erreicht die Höchstzahl der Arbeitslosen im Jahre 1926. Die Verhältnisse sind aber noch schlimmer, weil das Jahr 1926 noch durch den englischen Bazararbeiterstreik dem deutschen Kapital eine erhebliche Auslandsmöglichkeit geschaffen hat, die nicht zum geringsten Teil die Konjunktur des Jahres 1927 mit herbeigeführt hat.

Zu dieser unheimlichen Lage kommt noch hinzu, daß vom 1. August 1928 das erste Reparationsmaljahr läuft, in welchem das deutsche Kapital 1250 Millionen mehr als im vorangehenden Jahr aufbringen muß. Aus diesem Grunde ist auch das Reparationsproblem wieder in den Vordergrund gerückt. Das deutsche Kapital verlangt von den Alliierten eine erneute Nachprüfung seiner Zahlungsmittel. Der Pessimismus über die Politik von Locarno macht wieder einem Optimismus Platz. Es ist die alte Politik, die man erwarten darf.

Man erwartet viel, erfüllt die Welt mit großem Geschrei und beklagt sich Jam bitter über die Gegner, die die guten Absichten Deutschlands mißverstanden haben. Die augenblicklich schlechte Konjunktur wird für den besten Zeitpunkt zur Nachprüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit betrachtet. Gerade die augenblicklichen Wirtschaftskämpfe sollen beweisen, wie schwer das deutsche Kapital um seine Existenz ringt. Das französische Kapital beugt sich, nachzuweisen, daß Deutschland sich bereichert. Der Senator Francois-Marsal berechnet sogar, daß das deutsche Kapital bereits wieder im großen Stil Kapital exportieren kann und in der Lage ist, seinem Reparationschuldner Kredite im Betrage von anderthalb Milliarden Reichsmark zu gewähren. Darob große Entrüstung, weil in Deutschland nicht Kapitalreichtum, sondern Kapitalmangel vorhanden sei. Trotzdem erwartet das deutsche Kapital eine beträchtliche Herabsetzung der deutschen Zahlung durch einen freiwilligen Akt der Gläubiger, obwohl dies bei der Gesamtzahl vollkommen ausgeschlossen ist. Die Hoffnungen des deutschen Kapitals ist Parker Gilbert, der bereits als Reparationskommissar für weitgehende Ermäßigung eingetreten ist. Falls die Alliierten einer Herabsetzung nicht zustimmen, so erwartet das deutsche Kapital, daß er über das Transfer-Komitee eine Reduzierung der Jahreszahlungen durchsetzt. Aus der Reparationskonferenz dürfte sich kaum ein positives Resultat bei der Abwesenheit der beteiligten Mächte ergeben. Man streift sich über die Frage der Unabhängigkeit der Sachverständigen, und kommt zu dem Resultat, daß ein unabhängiger Sachverständiger derjenige ist, der der jeweiligen Regierung für seine Ansicht verantwortlich ist. Die Sachverständigen sollen aber nichts zu bestimmen haben, sondern die Ergebnisse der Verhandlungen sollen nur beratenden Charakter für die Regierungen haben. Unter diesen Umständen sind die Aussichten für das deutsche Kapital wenig stützig. Die erhöhte Reparationslast zwingt es jetzt, für dreihundert Millionen neue Steuern auszusuchen, weil es damit rechnen muß, daß ihm nicht ein Pfennig erlassen wird. Es sorgt rechtzeitig dafür, daß aus dem deutschen Proleten auch noch dieser Betrag herausgeholt wird, während es sich eifrig in Aussparungen und Stilllegungen abt.

## Sie wissen, was sie wollen!

Die neue Strategie im Ruhrkampf

Kein Zweifel: die Herren am grünen Tisch arbeiten gut. Sie ziehen den Proleten an der Ruhr und damit dem ganzen Proletariat die Zipfelmütze fest über die Ohren, spielen, die Niederlage wird fürchterlich sein.

So zum ersten haben die Unternehmer zur Abwechslung einmal „unrecht“ bekommen. Der Spruch von Duisburg wurde aufgehoben, und so kurz vor Weihnachten das Reichsarbeitsgericht einschreiten. Das sind dann eine monatlange Hungerkur, die dem Proleten von „rechts“ wegen auferlegt wird, wird ihre Wirkung nicht verfehlen — denkt man. Die „siegreichen“ Proleten kehren dann in die Betriebe zurück, völlig ausgehungert, demoralisiert, zusammengebrochen, und die durch den „Staat“ „besiegten“ Kapitalisten haben dann um so leichteres Spiel. Aber der „Sieg“ ist sicher, und dem Proletarier, der ob eines solchen abgeleiteten Spiels nicht das Köhnen bekommt, dem kann nicht geholfen werden. Dem Hilft der liebe Gott ebenso wenig wie die Gewerkschaften.

Die Herren Gewerkschaftsleute kulhandeln derweil im Schweife ihres Angesichts mit den Kapitalisten. Alles wollen sie preisgeben, wenn sie nur das armselige lächerliche Prestige retten könnten: den Hungerschiedsspruch. Aber die Herren Eisenkönige sind unerbittlich. Sie wissen, daß dazu letzten Endes immer noch Zeit ist. Sie kennen ihre Papenheimer.

Während nämlich dort unten, wenn man die Sabalereien der Stamper-Zeitungen ernst nehmen wollte, ein „erbitterter“ Kampf geführt wird, wird in Berlin um die große Koalition geschachelt. Eine Voraussetzung ist ja schon da: Es hat sich ergeben, daß nach den entsprechenden Abmachungen die bürgerlichen Parteien geschlossen in den Panzerkragen stimmen, so daß die Sozialdemokratie ruhig dagegen stehen konnte, ohne die Regierungssessel zu gefährden. Nun müssen die überstimmen

Sozialdemokraten den Panzerkragen bauen, und deswegen kann man doch nicht aus der Regierung austreten. Wenn aber nun im Interesse der Arbeiterschaft dies Opfer gebracht werden müßte, so darf doch das große Werk nicht dadurch gefährdet werden, daß man die Deutsche Volkspartei in einer anderen Frage vor den Kopf stößt. Man optiert eben die Gesundheit von Hunderttausenden ein blühen, es gibt ja Hunderttausende von Arbeitslosen, die die Lücken von denen ausfüllen, die durch die verschärfte Ausbeutung vorzeitig auf der Strecke bleiben. Der Winter wird helfen, die betrogenen Hungerstreiker zu belehren, daß „geleiert“ besser als „gefiebert“ ist.

Wie gesagt: die Herren wissen was sie machen. Im übrigen setzen sie ihre Hoffnung auf die „Unorganisierten“. Dummfrech weist der „Vorwärts“ bereits darauf hin, daß den Unternehmern Hungerkrawalle ganz gelegen kämen. Die satten Doullonköpfe brauchen nicht zu begreifen, daß die Hunderttausende, die auf der Straße herumirren, weil der Kapitalismus sie wie Vieh aus den Betrieben trieb, nicht gutwillig verunglückt wollen, daß sie nicht, wenn sie zum „Feste der Liebe“ gerade noch einen Brocken Brot zu knabbern haben, aufgelegt sind, im Namen der Stamper-Demokratie wie Vieh zu verrecken. Diese „Disziplinbrecher“ sind schon jetzt auszuweisen als Blitzableiter für die gewerkschaftliche Schurkerei. Die Herren vergessen nichts, sie verstehen ihr Geschäft.

Wie lange das Proletariat allerdings diese Gemeinheiten himmelt, ist eine andere Frage. Doch fehlen alle ideologischen Voraussetzungen für einen Kampf um die Macht auf der ganzen Linie. Aber die Hungeroffensive des Kapitals und die Bitteldienste der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, werden zuletzt auch den geduldeten Arbeiter lehren, daß nur der Kampf des Proletariats selbst diesem grausamen Spiel ein Ende machen kann.

heit des Unternehmerstandes, des Standes, der einst als Stütze des Staates galt.“

Gegenüber diesem klassenbewußten Auftreten kennzeichnet der „Vorwärts“ die Gewerkschaftsbewegung als „eine Abwehrbewegung gegen die Mißachtung eines staatlichen Hoheitsaktes“. Er ist stolz darauf, daß „Recht“, Moral und der Staat auf seiner Seite sind. Mit seinem moralisierendem Geier will er die Offensive des Kapitals zurückschlagen. Es ist Spucke gegen einen Schwermüde. Leser hilft dem „Vorwärts“ die Moral nicht. Er stöhnt: „Die Einigungsverhandlungen haben keinen Erfolg, die Unternehmer fordern Preissteigerungen des Schiedsspruchs. Sie sind zu Zustimmungen nicht bereit.“ Demgegenüber bleibt einem braven deutschen Arbeitmann nur die Hoffnung auf einen gerechten Spruch des Reichsarbeitsgerichts.

Zwischenworte der Unterstützungsmaschine. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsgemittelter in der Arbeitslosenversicherung betrug augenblicklich 805 000 und in der Krisenrentenversicherung 99 100. In der Zeit vom 1. bis 15. November November ist die Arbeitslosennummer um 20 Prozent gestiegen. Die angeführten Zahlen umfassen nicht die ausgesparteten Arbeiter. Es — und schätzungsweise angenommen werden, daß es augenblicklich ein-einzelne bis anderthalb Millionen Arbeitlose gibt. Diese Ziffer erreicht die Höchstzahl der Arbeitslosen im Jahre 1926. Die Verhältnisse sind aber noch schlimmer, weil das Jahr 1926 noch durch den englischen Bazararbeiterstreik dem deutschen Kapital eine erhebliche Auslandsmöglichkeit geschaffen hat, die nicht zum geringsten Teil die Konjunktur des Jahres 1927 mit herbeigeführt hat.

Zu dieser unheimlichen Lage kommt noch hinzu, daß vom 1. August 1928 das erste Reparationsmaljahr läuft, in welchem das deutsche Kapital 1250 Millionen mehr als im vorangehenden Jahr aufbringen muß. Aus diesem Grunde ist auch das Reparationsproblem wieder in den Vordergrund gerückt. Das deutsche Kapital verlangt von den Alliierten eine erneute Nachprüfung seiner Zahlungsmittel. Der Pessimismus über die Politik von Locarno macht wieder einem Optimismus Platz. Es ist die alte Politik, die man erwarten darf.